

60plus aktuell

Baden -
Württemberg

SPD

Informationen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer
Seniorinnen und Senioren (SPD 60plus) Baden-Württemberg

Nr. 02/2008

VORWORT

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit erhaltet Ihr eine weitere Ausgabe unseres Informationsblattes „60plus Aktuell“, das Euch auf das Jahr 2009 einstimmen soll, in dem wir in Baden-Württemberg drei Wahlen zu bestehen haben: die Kommunalwahl, die Europawahl und die Bundestagswahl. Die SPD 60 plus wird dann als Wahlhelferin landauf landab wieder sehr gefragt sein: für Dienste am Infostand, für Hausbesuche, Verteilung von Informationsmaterial, Vorbereitung von Seniorenfrühstücken etc. etc. Wir leisten diese Dienste gern, um unsere Partei und ihre jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten zu unterstützen.

Auf Grund der demographischen Entwicklung sind es die Älteren, die heute Wahlen entscheiden. Auch in der SPD stellen die über 60jährigen fast die Hälfte der Mitglieder. Angesichts dieser Tatsache halten wir eine stärkere Vertretung der SPD 60 plus in den beschließenden Gremien der Partei für notwendig, um dort unsere Vorstellungen einbringen zu können, und dies nicht im Sinne einseitiger Interessenvertretung, sondern im Sinne einer Politik, die auch die Belange künftiger Generationen berücksichtigt. Wir sind darüber hinaus überzeugt, dass es im Interesse der Partei, aber auch der Gesellschaft wäre, „Neuen Älteren“, die fit und fähig sind und bisher noch nicht in einem Parlament waren, die Chance zu einer entsprechenden Kandidatur zu geben.

In diesem Sinne findet Ihr in der heutigen Ausgabe einen Beschluss des Bundesvorstands der SPD 60 plus zu eben diesem Thema sowie ein entsprechendes Begleitschreiben von mir an die Kreisverbände. Des Weiteren findet Ihr den Vortrag von Rudolf Dreßler zum Thema „Die Zukunft des Staates Israel“ in gekürzter Fassung, eine Dokumentation der gemeinsamen Konferenz der Arbeitsgemeinschaften „Kommune der Zukunft“ und einen Beitrag von Dietmar Braun zu aktuellen Fragen der Medizin. Für künftige Ausgaben des „60plus Aktuell“ planen wir eine Rubrik „Neues aus den Kreisverbänden“ und bitten Euch heute schon, Beiträge zu überlegen.



Konstanze Wegner

Am 4. Februar um 15 Uhr treffen wir uns im Kleinen Kursaal in Stuttgart/Bad Cannstatt zum Neujahrsempfang der SPD 60plus Baden-Württemberg. Unser Gastredner ist der Ulmer Oberbürgermeister Ivo Gönner mit dem Thema „Kommune als Heimat“. Er wird uns eine gute Einstimmung auf die kommende Kommunalwahl geben. Ich hoffe, möglichst viele von Euch dort zu sehen, ich freue mich auf gute Gespräche und wünsche uns allen eine harmonische Weihnachtszeit möglichst ohne Hektik und ein friedliches Jahr 2009.

Eure

Konstanze Wegner

Konstanze Wegner
Landesvorsitzende SPD 60 plus

HINWEIS

Die SPD 60 plus Baden-Württemberg hat einen neuen Selbstdarstellungsflyer im A5-Format aufgelegt. Dieser kann bestellt werden beim SPD-Landesverband, Gudrun Igel-Mann, (Postfach 10 42 63, 70037 Stuttgart oder per Fax 0711/61936-20 oder per E-Mail gudrun.igel-mann@spd.de). Wir erheben einen Unkostenbeitrag in Höhe von 0,05 Euro pro Exemplar.

**Die SPD 60 plus
stellt sich vor: Aktiv im
Alter – wir gestalten mit**



INHALT

Vorwort	SEITE 1
Hinweis	SEITE 1
Kommunalwahl 2009	SEITE 2
Termine	SEITE 2
Zukunft des Staates Israel	SEITE 3-4
Aus den Kreisen	SEITE 5-6
Gesundheit	SEITE 6-7
Kommune der Zukunft	SEITE 7
Bundestagswahl 2009	SEITE 8
Zum Vormerken	SEITE 8

KOMMUNALWAHL 2009

a) Brief an die SPD 60 plus-Kreisvorsitzenden und den SPD-Landesvorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen,

anbei gebe ich Euch einen Beschluss des Bundesvorstands der AG 60 plus zur Kenntnis, an dessen Zustandekommen ich beteiligt war und dessen Umsetzung mir sehr wichtig scheint.

Es geht darum, bei der Aufstellung der Listen zu bevorstehenden Kommunalwahl auch solche älteren Genossinnen und Genossen für eine Kandidatur zu gewinnen, die bisher noch nicht in einem Parlament vertreten waren. Es gibt viele Ältere, auch in unseren Reihen, die nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben noch körperlich und geistig fit sind und die beträchtliches Wissen und große Erfahrung besitzen. Es geht darum, dieses Wissen für die Gesellschaft nutzbar zu machen, damit sie es noch für ein bis zwei Legislaturperioden in den Gemeinderat oder gegebenenfalls in ein anderes Parlament einbringen können. Diese „Neuen Älteren“, wie ich sie nenne, haben keinen persönlichen Ehrgeiz, sie nehmen niemand etwas weg, sie wollen keine Parteikarriere mehr machen, sondern ihren Sachverstand einbringen und noch etwas für die Gesellschaft Nützliches tun.

In Mannheim haben wir mit den Kandidaturen „Neuer Älterer“ bei der letzten Kommunalwahl gute Erfahrungen gemacht. So haben wir auf Betreiben der SPD 60 plus den früheren Vizepräsidenten des Verwaltungsgerichts Baden-Württemberg sowie einen evangelischen Pfarrer und einen griechischen Wirtschaftswissenschaftler auf unsere Liste gesetzt, alle wurden gewählt und leisten gute Arbeit.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß, dass es nicht einfach ist, derartige Kandidaturen, die natürlich auch auf aussichtsreichen Plätzen erfolgen müssen, vor Ort durchzusetzen. Ich bitte Euch dennoch herzlich, Euch dafür einzusetzen, wo es möglich ist. Die Älteren stellen zwar fast ein Drittel der Bevölkerung, sie entscheiden die Wahlen, sind jedoch in den Parlamenten krass unterrepräsentiert. Noch wird vieles in den Parlamenten entschieden, und wenn die Älteren dort nicht vertreten sind, wird **über sie entschieden**, und das wollen wir nicht!

Mit herzlichen Grüßen und Erfolgs-
Wünschen für die kommenden Wahlkämpfe
Eure

Konstanze Wegner

b) Beschluss des SPD 60 plus-Bundesvorstands:

Seniorinnen und Senioren in die Parlamente

Die Zusammensetzung der Parlamente aller Ebenen entspricht nicht dem Altersaufbau der Wählerschaft. Es fehlt an Repräsentanten der älteren Generation. Leistungsfähigkeit, Leistungsbereitschaft, Wissen und gesellschaftliche Erfahrung vieler Älterer bleiben ungenutzt.

Der Bundesvorstand der AG 60 plus empfiehlt deshalb den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft, Seniorinnen und Senioren als Kandidaten für kommunale Vertretungen und Parlamente zu gewinnen.

Dabei sollen auch solche Mitbürgerinnen und Mitbürger für Kandidaten gewonnen werden, die sich bisher nicht politisch engagiert haben. In der Lebenssituation nach der Berufs- und Familienarbeit wächst vielfach die Bereitschaft, Lebenserfahrung, Wissen und neu gewonnene freie Zeit für die Gesellschaft einzusetzen. Ältere finden so Anerkennung und Befriedigung, die Gesellschaft gewinnt Sachkenntnis und Engagement und die SPD möglicherweise neue Mitglieder.

Die SPD kann mit solchen in der Kommune und darüber hinaus anerkannten Seniorinnen und Senioren neues Vertrauen bei der älteren Wählerschaft gewinnen. Dies gilt vor allem dort, wo Kandidaten für Gemeinschaftsaufgaben fehlen. Es wird sich aber auch da lohnen, wo man gewohnte Bahnen der Kandidatenfindung für neue Aufgaben verlässt. Renommee und Sachverstand überzeugen Wähler mehr als innerparteiliche Rangordnung.

Die Partei braucht zur Überwindung von Politikverdrossenheit neue Wege und neue Gesichter. Nur über Menschen führt der Weg der SPD zu den Menschen.



TERMINE

21.01.09	60plus-Landesvorstand, Stuttgart
04.02.09	Neujahrsempfang, Stuttgart
14.02.09	<i>Landesparteitag zur Bundestagswahl, Singen</i>
18.02.09	60plus-Landesvorstand, Stuttgart
18.03.09	60plus-Landesvorstand, Stuttgart
29.04.09	60plus-Landesvorstand, Stuttgart
20.05.09	60plus-Landesvorstand, Stuttgart
24.06.09	60 plus-Landesvorstand, Stuttgart
25.07.09	60plus-Landesdelegiertenkonferenz

ZUKUNFT DES STAATES ISRAEL

Zu einer Rede über die „Zukunft des Staates Israel“ hat sich die SPD 60 plus Rudolf Dreßler eingeladen. Rudolf Dreßler sieht als Schlüssel für einen konstruktiven Nahostprozess „die Sicherheit“ und einen lebensfähigen Staat Palästina als Garanten für die Existenz des Jüdischen Staates.

Der Redner ging auf diese gegenseitigen Bedingungen für ein gesichertes Israel als ehemaliger deutscher Botschafter ein. Vielen unserer 60 plus-Zuhörer kamen dabei die vielfältigen Bemühungen und Bestrebungen für Aussöhnung und Friedensschluss zwischen Palästinensern und Israelis etwas zu kurz. Das zeigte sich in der sehr lebhaften Diskussion. Aus Platzgründen können wir das Referat nicht vollständig abdrucken, wir beschränken uns deshalb auf den Teil der Rede, in dem er auf die gegenseitige Verstrickung und auf den engen Zeitrahmen zur Lösung eingeht. Den gesamten Artikel gibt es natürlich im Internet zum herunterladen. <http://spd60plus-bw.de>

Die Zukunft des Staates Israel

Rudolf Dreßler, Parlamentarischer Staatssekretär a.D. und Botschafter in Tel Aviv a.D.

Auszug aus der Rede vor dem SPD-Landesverband Baden-Württemberg, Arbeitsgemeinschaft 60 plus Stuttgart-Bad Cannstatt, Kleiner Kursaal, Mittwoch, 15 Oktober 2008.

.... Aber wir, die Deutschen müssen wissen, wo es geboten erscheint, müssen wir es lernen: „Das Eis ist nach wie vor dünn!“ Sechzig Jahre sind in einem Leben sehr viel, manchmal mehr als ein ganzes Leben. In der Geschichte sind 60 Jahre ein Windhauch, fast nichts. Auch diese Wahrheit ist kein israelisches Problem, sondern ein deutsches.

Es ist gut zu wissen, dass alle deutschen Regierungen, alle Fraktionen im Bundestag immer wieder feststellen:

Deutschland weiß um seine besondere historische Verpflichtung für das Existenzrecht und die Sicherheit des Staates Israel. Diese Verpflichtung steht für uns unverrückbar fest. Sie ist nicht zu relativieren und wird auch in Zukunft den einzigartigen Charakter unserer Beziehungen zu Israel bestimmen.

„Wer die Wirklichkeit verändern will, muss zunächst bereit sein, diese zur Kenntnis zu nehmen.“ Als der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, diesen Satz formulierte, hatte er wohl nicht den Nahen Osten im Blick. Der Satz ist obwohl banal – dennoch so allumfassend, dass er auf alles bezogen werden, jeder Situation als Grundlage dienen kann.

Die israelische und die palästinensische Wirklichkeit haben mindestens eines gemeinsam: Obwohl beide Seiten viel Zeit benötigen, einen stabilen Frieden zu organisieren, miteinander und untereinander, dürfen sie keine *Zeit verlieren, damit zu beginnen. Denn eines haben beide Seiten nicht: viel Zeit!*

Angesichts dieser Wirklichkeit, angesichts der schrecklichen Resultate der jüngsten kriegerischen Auseinandersetzung

zwischen dem Libanon und Israel, fällt es schwer, sich der politischen Vernunft zuzuwenden. Gleichwohl gibt es zu diesem Weg keine vernünftige Alternative. Auch dann nicht, wenn das Aggressionsprogramm der in der Palästinensischen Autonomie agierenden Terrorgruppe Hamas den Weg der politischen Vernunft bis heute nicht begehen will.

Israel hat kaum Optionen, wenn der jüdische Staat nicht in Frage gestellt werden soll.

Nach Aussage von Experten bewirkt die demographische Entwicklung, dass Israel in ungefähr zwanzig Jahren eine Bevölkerungsmehrheit mit einer Bevölkerungsminderheit besetzen müsste, wenn sich am derzeitigen Zustand nichts ändert. Auf diese Option zu setzen, bedeutet die wahrscheinliche Fortsetzung der so genannten zweiten Intifada durch radikale Kräfte der Palästinenser hinzunehmen oder sogar eine dritte, noch gewalttätigere Intifada als Flächenbrand zu ignorieren. Es würde auch bedeuten, neben einem Pulverfass ein demokratisches Staatswesen aufrecht zu erhalten. Es würde bedeuten, Tausende junger Israelis zum Schutz eigener Staatsbürger, der Siedler, als Soldaten in besetzte Gebiete zu befehlen. Es würde weiterhin bedeuten, der eigenen Bevölkerung Milliarden an Steuergeldern abzuverlangen, um die Besetzung finanzieren zu können.

Darüber hinaus müsste Israel der internationalen Staatengemeinschaft, auch seinem wichtigsten Verbündeten, den Vereinigten Staaten, erklären, dass ein palästinensischer Staat nicht mehr von Israel akzeptiert würde. Es darf davon ausgegangen werden, dass für eine derartige Option in Israel keine demokratische Mehrheit zu finden ist. Genau so unrealistisch wäre die Überlegung, die Besetzung zu beenden und die Palästinensische Autonomie zum israelischen Staatsgebiet zu erklären.

Losgelöst von der Tatsache, dass darüber mit der internationalen Staatengemeinschaft nicht zu reden sein wird, für Israel bliebe der demographische Faktor. In ungefähr zwanzig Jahren würde eine nichtjüdische Mehrheit in der Bevölkerung die parlamentarische Zusammensetzung zwangsläufig so verändern, dass der „jüdische Staat Israel“ zur Disposition stehen könnte. Das gesamte Spektrum der Parteien im israelischen Parlament hat wegen dieser Schlussfolgerung das Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge in allen bisherigen Verhandlungen übereinstimmend verneint.

Wer diese Option weiter durchdenkt, landet zwangsläufig in Südafrika. Ein Apartheidsystem wäre die Antwort. Auch hier darf davon ausgegangen werden, dass eine demokratische Mehrheit für eine solche Überlegung in Israel nicht zu finden sein wird.



ZUKUNFT DES STAATES ISRAEL

Von welchem Ende aus man Israels Zukunft auch analysiert, es bleibt als realistische Zukunftsprognose nur die Akzeptanz eines Staates Palästina. Man kann es zugespitzt formulieren: Der Staat Palästina ist Garant für die Existenz des jüdischen Staates Israel.

Ein Staat ist nicht entstanden, wenn es zur Proklamation gekommen ist.

Zu einer Staatsgründung – hier Palästina – gehört unausgesprochen der Terminus „lebensfähig“. Ein lebensfähiger Staat Palästina ist nicht entstanden, wenn es zur Proklamation gekommen ist. Zu einem lebensfähigen Staat gehören Sachverhalte, die sofort gegeben sein müssen und solche, die wachsen, die eine zunächst nicht quantifizierbare Zeitschiene benötigen bis sie entstanden sind.

Die Vereinigung einer Vielzahl von Menschen innerhalb eines abgegrenzten geographischen Raumes, hier als Staat Palästina, assoziiert zunächst, dass dies ohne größere Schwierigkeiten möglich erscheint. Der einseitige Rückzug Israels aus dem Gazastreifen und die Ankündigung der Regierung, ähnlich in der Westbank zu verfahren, macht sichtbar, wo die Schwierigkeiten entstehen können.

Ein einseitiger Rückzug impliziert ohne „wenn und aber“, dass die Repräsentanten des Staates Palästina weder gefragt werden noch über den abzugrenzenden geographischen Raum, der ihren Staat darstellen soll, verhandeln können. Ein einseitiger Rückzug stellt fest, welche Grenzen und damit Größe, welche Verbindungen und damit Lebensfähigkeit, der geographisch von Israel abgegrenzte Raum haben würde. Niemand sollte unterstellen, dieser Weg sei problemlos zu vollziehen. Eine solche Unterstellung blendet die Verhandlungsversuche, Übereinkünfte und Verträge mindestens der letzten fünfzehn Jahre aus. Eine solche Unterstellung blendet darüber hinaus auch die palästinensische Wirklichkeit nach sechs Jahren so genannter zweiter Intifada aus:

- Losgelöst von einem Staatsgebiet;
- losgelöst von der Frage, ob es überhaupt eine palästinensische Repräsentanz geben würde, die sich zum Staat erklärt;
- losgelöst von der Frage, welche Staatsform sich neben Israel bilden würde, auf die im Analogieschluss zum einseitigen Rückzug Israel nicht einmal mittelbaren Einfluss hätte;
- zur Lebensfähigkeit eines Staates zählen weitere unverzichtbare Grundlagen über die nicht verhandelt werden soll, die gleichwohl Israel in unmittelbare Verantwortung zwingen wird.

Es wird kolportiert, dass das palästinensische Bruttosozialprodukt (BSP) zu über 75 Prozent von Israel abhängen soll; das BSP Israels zu etwa 25 Prozent von der Autonomie. Anders ausgedrückt: Israel könnte mit Einschränkungen ohne Palästina existieren. Umgekehrt wäre auf lange Sicht Palästina ohne Israel nicht lebensfähig.

Der Aufbau des Staates Palästina bedingt also – unabhängig vom Engagement der Staatengemeinschaft – über einen langen Zeitraum direkte israelische Hilfe. Das Zauberwort „Finanztransfer“ bleibt unerwähnt. Auf diese Tatsache ist die israelische Gesellschaft kaum vorbereitet. Die große Mehrheit reagiert auf die Frage nach einem palästinensischen Staat reflexartig: „Ja, sobald wie möglich“ oder „Am besten sofort“. Ein gesellschaftlicher Diskurs findet nicht statt. Die Imponderabilien sind nicht nur nicht aufbereitet, sie waren und sind bisher kein Thema.

Die unabdingbaren Definitionen für einen Staat würden auch den Nachbarn Israel betreffen. Neben dem Staatsgebiet sind das u.a. die Staatsgewalt, die Staatsorgane, die Staatsform, die Staatsaufsicht, die Finanzwirtschaft, die Staatsgarantien, Staatsdienstbarkeiten, Staatshoheit, Staatsdotationen und das Staatsrecht. Viel Zeit wird benötigt um das alles zu leisten.

Und dann das für die Bevölkerung direkt spürbare Bildungs- und Sozialwesen, beides verträgt in so einer Aufbauphase keine abstrakten Diskurse. Die Erwartungen der Menschen beginnen bereits vor der Proklamation: Arbeit, Wohnen, Nahrung, Bildung.

Die gesellschaftliche Wirklichkeit Israels lässt vermuten, dass der Diskussionsprozeß erst dann einsetzt – und damit innergesellschaftlich Konflikte – wenn Politik den Rahmen für einen Staat Palästina festgelegt hat. Ähnlich wird es in der Autonomie ablaufen. Kein politischer Vertreter in Ramallah oder Gaza wird es wagen öffentlich einzugestehen, dass ein Staat Palästina auf unabsehbare Zeit ohne israelische Hilfe nicht lebensfähig wäre. Die Illusion, mit der Proklamation eines Staates Palästina hätten beide Seiten ihre Probleme weitgehend gelöst, ist verbreitet und wird zeitweise geschürt. Gleichwohl hat Israel keine Alternative. Der lebensfähige Staat Palästina ist Garant für die Existenz des jüdischen Staates.

Gegebene Parameter zwingen Israel sich zu entscheiden.

Über allem thront der Zeitfaktor. Die israelische Politik kann es sich nicht leisten, die demographischen Aussichten zu ignorieren. Die Vorstellung, durch eine Masseneinwanderung die Demographie zu besiegen, kann ernsthaft nicht als Lösungsfaktor herhalten. Wenn die Bevölkerungswissenschaft von etwa zwanzig Jahren spricht, in denen sich die Mehrheitsverhältnisse verschieben, hat Politik bei realistischer Betrachtung zehn Jahre, um den Prozess einer Staatsgründung zu vollziehen. Man empfindet das als langen Zeitraum. Der Blick auf den ungelösten Problemkorb hingegen lässt ahnen, dass dieser Zeitrahmen für beide Seiten eng ist.

Einerseits hat Israel aus existenziellen Gründen des jüdischen Staates keinen unbefristeten Entscheidungsspielraum. Andererseits drängt die soziale Wirklichkeit in der Autonomie zur Eile. Es ist müßig dem Versuch zu erliegen, eine Analyse zu wagen, wer gejagter von beiden ist.....

Zusammenfassung: Peter Steinhilber

AUS DEN KREISEN

Lörrach:

SPD-Senioren im Kreisverband Lörrach ohne Vorstand — Zu wenige kamen zur Wahl

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus hatte turnusgemäß am 4. Juli 2008 zur Kreisdelegiertenkonferenz nach Lörrach eingeladen. Auf der Tagesordnung stand die Wahl des gesamten Vorstandes. Der bisherige Vorsitzende, Dietmar Braun, hatte im Vorfeld angekündigt, als Vorsitzender für eine dritte Amtsperiode nicht mehr zur Verfügung zu stehen und intensiv um Bewerbungen für dieses Amt gebeten. Lediglich 9 von 25 Ortsvereinen waren durch 14 von 69 möglichen Delegierten vertreten; sie gehörten im Wesentlichen dem alten Vorstand an. Die Versammlung beschloss daher Beschlussunfähigkeit.

Eine erneut auf den 9. Oktober 2008 einberufene Kreisdelegiertenversammlung erwies sich auf Grund mangelnder Delegiertenvertretung ebenfalls als beschlussunfähig. Die Anwesenden beschlossen daher, sich einmal im Monat am dritten Donnerstag zu treffen; dieses ohne Einladung, Tagesordnung und Protokoll. Der scheidende Kreisvorsitzende, Dietmar Braun, bedauerte, dass es nach fünfjähriger intensiver Arbeit nicht möglich war, eine arbeits- und beschlussfähige SPD 60 plus im Kreisverband repräsentativ weiter zu führen, weil vor allem die Unterstützung aus den Ortsvereinen über all die Jahre nicht gewährleistet war und zum Teil unterlaufen wurde. Er trat aus Protest auch vom Amt des gewählten Seniorenbeauftragten im SPD-Kreisverband per sofort zurück.

Ortenau:

Kräfte bündeln- für ein soziales Europa -. Senioren des SPD Kreisverbandes Ortenau mit neuem Vorstand

Anlässlich der Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft 60 plus der Kreisverbandes Ortenau in Kehl konnte der Vorsitzende der AG, Helmut Krings, neben zahlreichen SPD-Senioren aus dem gesamten Ortenaukreis auch die Bundestagsabgeordnete Elvira Drobinski-Weiß als Gast und die Europaabgeordnete Evelyn Gebhardt als Referentin begrüßen.

Krings ging in seinem Bericht auf die in dem Berichtszeitraum von dem Vorstand behandelten Themen ein, die sich keineswegs nur auf altersspezifische Bereiche wie „Das Deutsche Altenpflegesystem in der Kritik“ sondern viele allgemeine Bereiche der Politik wie z.B. „Vorrang für erneuerbare Energien“, „Teilprivatisierung der Deutschen Bahn“ und „Koalitionsementwurf zur online-Durchsuchung“ umfasste. Krings hob eine gut besuchte öffentliche Veranstaltung in Hornberg mit der Bundestagsabgeordneten Hilde Matteis zu dem Thema „Armut im Alter“ hervor.

Der Vorstand der Ortenauer Sozialdemokraten setzt sich nach den auf der Jahreshauptversammlung unter der Regie des Kreisvorsitzenden Alois Niecholat durchgeführten Neuwahlen wie folgt zusammen: Helmut Krings (Vorsitzender), Renate Merten (Stellvertreterin), Johannes Schlie (Schriftführer), Beisitzer: Hella Babis, Anny Scholz, Hertha Wohlschlegel, Peter Gramkau, Dietrich Walz.



v.l.n.r.: Peter Gramkau, Anny Scholz, Renate Merten, Evelyn Gebhardt MdEP, Helmut Krings, Elvira Drobinski-Weiß MdB, Johannes Schlie

Delegierte für die Landesdelegiertenkonferenz: Dorothea Hertenstein, Renate Merten, Peter Gramkau und Helmut Krings.

Alois Niecholat sprach den nicht mehr kandidierenden und damit ausscheidenden Kreisvorstandsmitgliedern Uta Seyberth und Dorothea Hertenstein seinen Dank aus.

Die Europaabgeordnete Evelyn Gebhardt benannte in ihrem Referat „Kräfte bündeln - für ein soziales Europa“ die Zielsetzung, die Bedingungen für ein soziales Europa und ein europäisches Sozialmodell zu schaffen.

Evelyn Gebhardt hob hervor, dass es den europäischen Sozialdemokraten

gelingen sei, für die europäischen Arbeitnehmer wichtige Gesetze einzubringen, etwa die Gleichstellung der Leiharbeiter mit der Stammbesellschaft bei der Entlohnung. Leider gebe es aber, bedingt durch die konservativ/liberale Mehrheit im Europaparlament, neoliberale Tendenzen der Europapolitik. Besorgniserregend seien insbesondere einige arbeitnehmerfeindliche Urteile des europäischen Gerichtes in Luxemburg, die sogar das Streikrecht der Arbeitnehmer in Frage stellten. Evelyn Gebhardt zeigte sich davon überzeugt, dass an dem EU-Referendum auch nach dem „Nein“ der Iren kein Weg vorbeiführe.

Stuttgart:

Finanzkrise

Die Krise der Bankensysteme, die Auswirkungen auf uns, Europa und die übrige Welt, war unser Thema am 11.11.08. Zur Zeit ist dies ein Riesenthema in Presse und Fernsehen, aber ähnliche Konstellationen, ausgehend von den Vereinigten Staaten gab es bereits 1929/30 und in schwächerer Form in den 80er Jahren. War es nicht voraussehbar, dass das ungezügelte Abschöpfen von Bank-einlagen für globale Dinge, Firmenverkäufe oder besser Verschiebungen, Hedge Fonds, überproportionale Bezüge und Boni für Manager und Banker, einmal wieder zu einem Riesen-Crash führen mussten? Man hätte wissen müssen, dass diese Politik nicht endlos sein kann.

Wir haben zu uns den seit kurzem pensionierten Vorstandsvorsitzenden einer Stuttgarter Volksbank eingeladen, einer Institution, die anders als die Landesbank keine staatliche Hilfe braucht und kundenorientiert ist. Es war interessant über Bankenranking, Leerkredite und die Machenschaften im Immobiliensektor zu erfahren.

Heute rufen alle nach dem Staat, vorübergehend, und die Bundesregierung hat ein Hilfspaket geschnürt. Wir sollten vorsichtig sein, dass wir die Verluste nicht sozialisieren und spätere Gewinne dann wieder privatisieren. Als Letztes gilt der Rat eines Bankfachmannes: wer spekulativ anlegt, muss auch manchmal mit hohen Verlusten rechnen.

AUS DEN KREISEN

Rhein-Neckar:

SPD-Gruppe aus dem Rhein-Neckar-Kreis besuchte Israel

Die Reise war von Stefan Rebmann, Vorsitzender der DGB-Region Rhein-Neckar, organisiert worden, wobei ihm seine guten Kontakte zur Arbeiterpartei in Israel und zur israelischen Gewerkschaftsbewegung zugute kamen.

Auf dem Reiseprogramm standen neben touristischen Zielen an der Mittel-



Ein Teil der Reisegruppe mit Stefan Rebmann auf dem Gelände des Felsendoms

meerküste, im Jordantal, am Toten Meer und in Jerusalem auch brennende Punkte der jüngeren Geschichte wie Qiryat Shemona an

der inzwischen streng bewachten Grenze zu Libanon und verschiedene Orte auf dem Golan. Die Reiseteilnehmer lernten moderne Städte ebenso kennen wie Kibuzzim, antike Stätten im ganzen Land und besonders in Jerusalem ebenso wie mondänes Leben in den Küstenstädten. Immer wieder stieß man an die von Israel zum eigenen Schutz errichtete 9 Meter hohe Mauer.

Besonders betroffen machte der Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, aber auch das Willy-Brandt-Center in Jerusalem hinterließ bleibende Eindrücke: Diese Einrichtung hat es sich zur Aufgabe gemacht, auf der Grundlage

sozialdemokratischer Werte durch Begleitung junger Menschen Vertrauen und



Blick vom Willy-Brandt-Center auf die Altstadt von Jerusalem

Solidarität zwischen Deutschen, Israelis und Palästinensern zu entwickeln, eine Aufgabe, die besonders wegen der existierenden Grenzen, aber auch wegen der "Mauern in den Köpfen" sehr schwierig ist.

Christel Masseck, Vorsitzende von SPD 60 plus im KV Rhein-Neckar und Mitglied im Landesvorstand von 60 plus in Baden Württemberg

GESUNDHEIT

ERKÄLTUNGSKRANKHEIT - GEDULD IST DIE BESTE MEDIZIN

Schnupfen, Husten, Hals- und Gliederschmerzen die klassischen Symptome eines *grippalen Infektes*, in der kalten Jahreszeit nichts Ungewöhnliches. Medikamente mildern die Symptome, verhindern sie aber nicht. Grippale Infekte müssen auskuriert werden. Vor einer echten Virusgrippe kann allerdings eine Impfung schützen.

Die Erkältungskrankheit Auch in diesem Jahr werden viele Menschen um eine Erkältungskrankheit mit laufender Nase, Husten und Halsschmerzen nicht herumkommen. Winterliche Witterungsverhältnisse begünstigen diejenigen Viren, welche diese Erkrankung übertragen und die lästigen Symptome auslösen. Die für die Übertragung von Mensch zu Mensch notwendige Virushülle wird durch trockene und kalte Luft stabilisiert und verlängert so die Übertragbarkeit des Erregers. Die niedrigen Außentemperaturen und trockene Heizungsluft verursachen bei den Menschen eine geringere Durchblutung der Schleimhäute der oberen Luftwege mit verminderter Schleimbildung. Das fördert das Eindringen der Viren in den menschlichen Körper, wo sie sich vermehren und die Krankheit auslösen, sofern keine spezifische Immunität besteht. Es gibt verschiedene Formen der Erkältungskrankheit.

Der gewöhnliche Schnupfen, die *akute Rhinitis*, betrifft nur die Nase. Er wird von mehr als 200 Arten *Rhinoviren* und *Adenoviren* hervorgerufen. Die Nasenschleimhäute schwellen an, die Nase läuft, sie ist verstopft. Bei unkompliziertem Verlauf ist die Nase gewöhnlich nach einer Woche wieder frei.

Der durch *Rhinoviren* ausgelöste *grippale Infekt* belastet den menschlichen Organismus stärker als die *Rhinitis*. Er greift von der Nase auf die Hals- und Bronchialschleimhäute über, verursacht Halsschmerzen, Husten und Heiserkeit, Kopf- und Gliederschmerzen und leichtes Fieber. Eine Bronchitis mit schleimigem Auswurf stellt sich ein.

In dieser Krankheitsphase sind Ruhe, reichliches Trinken und leichte Kost angezeigt. Es ist davon abzuraten, sich erschöpft zur Arbeit zu schleppen und damit nicht nur eine chronische Bronchitis oder einen Asthmaanfall zu riskieren, sondern auch noch Gesunde anzustecken. Auftretendes Fieber sollte nicht gleich durch Medikamente unterdrückt werden, es dient der körpereigenen Virusabwehr.

Der grippale Infekt heilt innerhalb von ca. zwei Wochen ab. Komplikationen stellen sich dann ein, wenn zusätzlich Bakterien in der verstopften Nase und im Mittelohr oder in den Nasennebenhöhlen zu einer Entzündung führen. Dann sollte ein Arzt aufgesucht werden.



Schlimmer als ein grippaler Effekt ist die echte Virusgrippe, die *Influenza*. Sie wird durch Viren der Gattungen *Influenza A* und *B* verursacht. Typisch ist der rasche Anstieg des Fiebers bis zu 40° Celsius, Kopf- und Gliederschmerzen, Schwächegefühl, Reizhusten, Schweißausbrüche und Schnupfen. Die *Influenza* beginnt oft mit starkem Frösteln; sie fordert das Immunsystem zur Höchstleistung heraus. Deshalb kann sie bei geschwächten Personen und bei älteren Menschen auch tödlich verlaufen. Eine rechtzeitige Impfung schützt davor.

Behandlung Erkältungssymptome lassen sich medikamentös lindern. In den Apotheken erhältliche Mittel versprechen Abhilfe; doch fehlt den meisten der wissenschaftliche Wirkungsnachweis. Empfehlenswert sind einfache, bewährte Mittel. Die verstopfte Nase ist mit richtig dosiertem, die Schleimhaut abschwellendem Nasenspray einzudämmen. Nasensprays sollten aber nicht länger als eine Woche angewendet werden, weil sonst die Gefahr einer dauerhaften Schädigung der Nasenschleimhaut besteht.

weiter auf Seite 7

GESUNDHEIT

Fortsetzung von Seite 6

Inhalieren von Salzwasser lindert den Hustenreiz und löst zähen Schleim; Tee mit Honig lindert Halsschmerzen und Schluckbeschwerden; Schmerzmittel wie Aspirin oder Ibuprofen lindern Kopf- und Gliederschmerzen. Ein warmes, mit ätherischen Ölen versetztes Bad verflüssigt den Schleim in Hals und Nase, er kann so besser abfließen.

Nicht angezeigt ist die Einnahme eines Antibiotikums! Denn Antibiotika sind gegen Viren unwirksam. Sie kommen erst fallweise nach gründlicher ärztlicher Untersuchung zur Anwendung, wenn sich auf dem Boden eines grippalen Infekts sekundär durch Bakterien bedingte Komplikationen einstellen, etwa eine schwere Mittelohrentzündung, eine eitrige Bronchitis bis hin zur Lungenentzündung, hohes Fieber über mehrere Tage oder eine eitrige Entzündung der Nasennebenhöhlen.

Vorbeugung Einer Erkältung beugt man am besten durch Vermeidung des Kontakts mit erkrankten Personen vor. Die Erregerübertragung erfolgt gewöhnlich durch Tröpfcheninfektion über die Luft beim Niesen, Naseputzen und Sprechen infizierter Menschen. Ebenso können Erkältungsviren durch Sekretreste an verunreinigten Händen übertragen werden, etwa beim Händeschütteln, Anfassen von Türklinken, Lichtschaltern und anderen Gebrauchsgegenständen. Die dort haftenden Viren sind noch nach Stunden infektiös. Deshalb sollten an einem grippalen Infekt erkrankte Menschen Rücksichtnahme üben; dazu gehört auch, nach jedem Naseputzen das (Papier-) Taschentuch zu entsorgen und die Hände mit Seife zu waschen.



Dietmar G. Braun

Wo und bei wem man sich angesteckt hat, lässt sich meistens nicht sicher sagen, weil zum einen viele Menschen in dieser Jahreszeit Überträger sein können und zum anderen zwischen Ansteckung und Ausbruch der ersten Symptome zwei bis sieben Tage vergehen.

Die Grippeimpfung. Eine wirksame Impfung gibt es nur gegen *Influenza A- und B-Viren*. Da Influenza-Viren sich von Jahr zu Jahr stark unterscheiden können, rufen Behörden und Ärzte alljährlich im Herbst dazu auf, sich wieder vorbeugend mit dem neuesten Impfstoff impfen zu lassen. Die Grippeimpfung ist vor allem Risikopersonen und Menschen über 65 Jahren anzuraten; außerdem Leuten, die mit Erkrankten in Kontakt kommen (Medizinalpersonen) und Berufstätigen, die mit einer umfangreichen Kundschaft in Berührung kommen. Für diese Personenkreise trägt meistens der Arbeitgeber die Impfkosten.

Text: Dietmar G. Braun

KOMMUNE DER ZUKUNFT

Rund 80 kommunalpolitisch Interessierte trafen sich Ende Oktober 2008 im Kleinen Kursaal Bad Cannstatt zu einer Veranstaltung mit dem Titel „Kommune der Zukunft – mit der SPD gestalten!“. Eingeladen hatten die Arbeitsgemeinschaften der SPD Baden-Württemberg – AfA, AGS, AsF, ASG, ASJ in Kooperation mit dem Polizeibeirat, SPD 60 plus und Jusos -, die aus ihrer Zielgruppenarbeit heraus wichtige Themen für die kommende Kommunalwahl 2009 gesammelt hatten und den Teilnehmenden vorstellten.

Bei ihrer Begrüßung ging die SPD-Landesvorsitzende Ute Vogt MdL auf die Bedeutung der Kommunalpolitik ein, ist doch die Kommune der Ort, an dem Bürgerinnen und Bürger aktiv mitgestalten können, um ihre Lebensqualität zu verbessern.

Der Ulmer Oberbürgermeister Ivo Gönner hielt das Impulsreferat. Er unterstrich, dass Themenbereiche, in denen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ihre Vorstellung der „Kommune der Zukunft“ einbringen können, vielfältig vorhanden seien und plädierte dafür, diese in den Kommunalparlamenten umzusetzen und so die Kommunen zukunftsfähig zu gestalten.



Ivo Gönner

Anschließend wurden Workshops von den einzelnen Arbeitsgemeinschaften zu den Bereichen „Kommunaler Arbeitsmarkt“ (AfA), „Wirtschaft und Arbeit im ländlichen Raum“ (AGS), „Daseinsvorsorge – Kommunale Wasser- und Energieversorgung“ (AsF und ASJ), „Bürgernahe Gesundheitsversorgung“ (ASG), „Kommunale Kriminalprävention“ (ASJ und Polizeibeirat), „Leben und Wohnen im Alter“ (SPD 60 plus) und „Jugend macht Gemeinde“ (Jusos) angeboten. Die Ergebnisse der Diskussionen wurden anschließend im Plenum kurz vorgestellt.

Das Schlusswort hielt der SGK-Landesvorsitzende und Oberbürgermeister von Schwäbisch Hall, Hermann-Josef Pelgrim. Bei der sich anschließenden Diskussion stand vor allem die kommunale Daseinsvorsorge im Mittelpunkt.



Hansjörg Seeh

Die Ergebnisse der Veranstaltung sind in einer Dokumentation zusammengefasst. Diese kann beim SPD-Landesverband, Gudrun Igel-Mann, angefordert werden (Postfach 10 42 63, 70037 Stuttgart, Fax 0711/61936-20, E-Mail: gudrun.igel-mann@spd.de).

BUNDESTAGSWAHL 2009

ANTRAG DES ASF LANDESVORSTANDS AN DEN LANDESVORSTAND DER SPD BADEN-WÜRTTEMBERG

Der Landesvorstand der AsF bemüht sich im Vorfeld bereits um eine qualifizierte Unterstützung und Hilfestellung der Frauen, die sich zur Wahl stellen. Dabei legen die Frauen Wert auf das Doppel – Q.

Quote und Qualität! Dies will die AsF nicht nur bei den Kommunalwahlen voranbringen, sondern auch bei der Listenerstellung für die Bundestagswahl.

Aus diesem Grund hat der AsF-Landesvorstand einen Fragebogen an all die Kandidatinnen und Kandidaten, die gern nach Berlin möchten, versendet.

Weiter haben sie einen Antrag an den SPD-Landesvorstand gestellt, die Liste komplett ab Platz 1 alternierend mit Frau und Mann im Wechsel zu besetzen. Erfreulicherweise haben wir für 2009 mehr qualifizierte Frauen, die sich zur Wahl stellen.

Nachdem die Grundlage unseres politischen Handels das Hamburger Programm ist, können wir ein klares Signal aus Baden Württemberg in Sachen Gleichstellung von Frau und Mann, senden.

Antrag:

Der Landesvorstand der SPD Baden Württemberg möge beschließen, bei der Erstellung der Landesliste für die Bundestagswahl 2009 ein starkes Zeichen zu setzen und die Liste ab Platz 1 komplett alternierend zu erstellen, beginnend mit der Spitzenkandidatin Ute Vogt.

Eine entsprechende Empfehlung an die Vertreter der einzelnen Regierungsbezirke ist ebenfalls auszusprechen.

Begründung:

Im Hamburger Programm steht: „Wir wollen die Trennung in typische Frauen- und Männerberufe überwinden. Erforderlich sind gesetzliche Maßnahmen für die gleiche Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie Aufsichtsgremien. Wenn wir gleiche Teilhabe für Frauen und Männer verwirklichen wollen, müssen wir alle Lebensbereiche umgestalten: Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“

Wir können für das Jahr 2009 erfreulich feststellen, dass sich eine große Zahl an qualifizierten Frauen zur Wahl stellen wird.

Um das Hamburger Programm zu unterstreichen halten wir eine alternierende Liste, beginnend mit einer Frau an der Spitze, für ein historisches Zeichen. Was wir von der Wirtschaft und der Gesellschaft einfordern, sollte in unseren Reihen eine Selbstverständlichkeit sein. Die Gleichstellung von Frau und Mann!

Wir blicken auf 20 Jahre Quote, 50 Jahre Deutsches Gleichstellungsgesetz und 90 Jahre Frauenwahlrecht zurück. Das sind Erfolge, auf die die Sozialdemokratie stolz sein kann.

Lasst uns ein weiteres erfolgreiches Kapitel Geschichte schreiben. Ein starkes Signal für die Frauen nicht nur in Baden-Württemberg.

Das Wahlmotto Willy Brandts lautete 1969: „Wir haben die richtigen Männer“. Das Wahlmotto für 2009 aus Baden Württemberg sollte lauten: „Wir haben auch die richtigen Frauen“.

ZUM VORMERKEN

NEUJAHRSEMPFANG

Schon zur Tradition geworden ist der Neujahrsempfang der SPD 60 plus Baden-Württemberg. Auch im Jahr 2009 laden wir wieder ein in den Kleinen Kurssaal nach Stuttgart-Bad Cannstatt. Termin ist Mittwoch, der 4. Februar 2009, um 15:00 Uhr.

Wir freuen uns, als Gastredner diesmal den Ulmer Oberbürgermeister und Präsidenten des Städtetages Baden-Württemberg, Ivo Gönner, begrüßen zu dürfen, der zum Thema „Kommune als Heimat“ sprechen wird. Er wird uns auf die kommenden Kommunalwahlen einstimmen.

Anmeldungen sind ab sofort möglich beim SPD-Landesverband, Gudrun Igel-Mann (Fax 0711/61936-20, E-Mail: gudrun.igel-mann@spd.de)

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Redaktionsanschrift
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
Tel. 0711/61936-0
Fax 0711/61936-20

Internet SPD: <http://www.spd-bw.de>,
Internet SPD 60plus: <http://spd60plus-bw.de>

Layout: Dr. Gudrun Igel-Mann

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht aber (unbedingt) die Meinung der Redaktion wieder.